Erwachsenenbildung, Band 2
Schriftenreihe des Comenius-Instituts und der Deutschen Evangelischen Arbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung

Tilman Evers

Politik und Sinn

Ideen für eine zivilgesellschaftliche Erwachsenenbildung

herausgegeben von Andreas Seiverth

WAXMANN

Erwachsenenbildung

Schriftenreihe des Comenius-Instituts
und der Deutschen Evangelischen
Arbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung

herausgegeben von

Volker Elsenbast und
Andreas Seiverth

Band 2

Waxmann 2014
Münster • New York

© Waxmann Verlag GmbH

Tilman Evers

Politik und Sinn

Ideen für eine zivilgesellschaftliche Erwachsenenbildung

herausgegeben von
Andreas Seiverth

Waxmann 2014
Münster • New York

© Waxmann Verlag GmbH

Bibliografische Informationen der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über http://dnb.d-nb.de abrufbar.

Erwachsenenbildung, Band 2

ISSN 2197-9383
Print-ISBN: 978-3-8309-3045-7
E-Book-ISBN: 978-3-8309-8045-2

© Waxmann Verlag GmbH, 2014
Postfach 8603, 48046 Münster

www.waxmann.com
info@waxmann.com

Umschlaggestaltung: AnneBreitenbach, Tübingen
Druck: Hubert & Co., Göttingen
Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier, säurefrei gemäß ISO 9706

MIX
Papier aus verantwortungsvollen Quellen
FSC® C016439

Printed in Germany

Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck, auch auszugsweise, verboten.
Kein Teil dieses Werkes darf ohne schriftliche Genehmigung des Verlages in irgendeiner Form reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.

© Waxmann Verlag GmbH

Inhalt

Andreas Seiverth
Einleitung 7

I. Erwachsenenbildung und Menschenbild

Die Krise der Politischen Bildung ist die Krise der Gesellschaft 23

Kellergeruch und Morgenluft
Ernst Bloch und C .G. Jung – ein feindliches Brüderpaar?..... 32

Zum Bund mit dem Leben
Die Einkehrtage ‚Politik und Spiritualität' 50

Begegnungen in Taizé 62

Universitas Mundi
Weltentwürfe von Einheit und Vielfalt im Mittelalter 70

Weltsprache Mythos
Globales Lernen und menschheitliches Bewusstsein..... 85

II. Zivilgesellschaft und Protestantismus

Bürgergesellschaft –
ideengeschichtliche Irritationen eines Sympathiebegriffs 103

Notizen zum Verhältnis von Protestantismus und Kultur..... 115

Kirche und Zivilgesellschaft 121

Städtische Werte
Evangelische Erwachsenenbildung in der Zivilgesellschaft..... 132

III. Volkssouveränität – Nation – Europa

Kampf um Deutung
Politische Theorien als Selbstentwürfe im geschichtlichen Prozess 147

© Waxmann Verlag GmbH

Volkssouveränität im Verfahren
Zur Verfassungsdiskussion über direkte Demokratie 156

„Der Freie ist nicht des Freien Feind".
Zur Debatte über Nation und Demokratie 178

Supranationale Staatlichkeit am Beispiel der Europäischen Union:
Civitas civitatum oder Monstrum? 192

Wiederkehr der Reiche oder transnationale Demokratie? 215

Über die verfassunggebende Gewalt in Deutschland
Rückblick auf die Verfassungsdebatte 225

Volkssouveränität und parlamentarisches System
Ideologiegeschichtliche Wurzeln einer aktuellen Debatte 257

IV. Friedensdienst – Ethos und Wirklichkeit

Vorboten einer sozialen Weltinnenpolitik
Zum Verhältnis von Friedensdienst und Entwicklungsdienst 273

Arbeit am Konflikt. Lernschritte zum Zivilen Friedensdienst 298

Friedenshandeln in der Weltgesellschaft
Der geschichtliche Kontext des Zivilen Friedensdienstes 306

„Wenn ihr aufhören könnt zu siegen ..."
Kulturen des Friedens in der Einen Welt 326

Verhinderte Friedensmacht
Die EU opfert ihre zivilen Stärken einer unrealistischen Militärpolitik 344

Working on Conflict 350

Veröffentlichungsnachweise 377

© Waxmann Verlag GmbH

Einleitung

Andreas Seiverth

Drei Jahre nach dem Ausbruch einer Bankenkrise, die mehrere Staaten dazu zwang, Milliardenbeträge, die sich in keiner Haushaltsplanung fanden, aufzubringen, um den Zusammenbruch des internationalen Bankensystems zu verhindern, und europäischen Staaten Kredite zu gewähren, um sie vor dem Staatsbankrott zu retten, lautete das Fazit eines Interviews mit dem Chefökonomen der größten deutschen Bank knapp und präzise: „Die Märkte treiben die Politik vor sich her."[1] Den Grund für diese überlegene Macht der Märkte sah der Ökonom in ihrer Lernfähigkeit, die schneller als die der Politik sei, woran er die überraschende Empfehlung anfügte, es gelte, „den Primat der Politik" wiederherzustellen. Den zu Personen hypostasierten „Märkten" wird ebenso wie dem abstrakten Wesen „Politik" eine Fähigkeit zugeschrieben, die natürliche Individuen in ihrer humanen Besonderheit auszeichnet, nämlich fähig zu sein, im Sinne der reflektierten Verarbeitung von Erfahrungen und der Lösung von Problemen *lernen zu können*. In merkwürdigem Kontrast dazu steht jedoch, dass die natürliche Zwillingsschwester der Lernfähigkeit, die moralische Urteilsfähigkeit der Individuen, „den Märkten" nicht zukommen soll, und zwar deshalb nicht, weil sie gleichsam in einem bewusstlosen Naturzustand handeln, eine Eigenschaft, die ihnen erst durch einen großen metaphorischen Vergleichsaufwand und die handstreichartige Verwandlung menschlichen Handelns in Naturgewalten zugeschrieben werden kann. Auf die Nachfrage des interviewenden Journalisten nach einer moralischen Beurteilung der Finanzkrise lautet die Antwort: „Es ist sehr schwierig, hier eine moralische Dimension hineinzubringen. Ich sehe den Markt irgendwie als eine wilde Kraft. Ist es moralisch, wenn Wasserkraft den Berg herunterbricht, Schlammlawinen loslöst und Leute dabei umbringt? Ich frage nicht danach: Ist das moralisch? Es passiert. Und Märkte werden einfach auch durch Massenpsychologie bestimmt, und das entzieht sich meines Erachtens der Dimension der moralischen Frage. Man kann sagen, es ist bedauerlich, es ist extrem unschön, es sollte nicht passieren. Aber mit Moral hat das eigentlich meines Erachtens nichts zu tun." Die zutreffende Einsicht, dass moralische Urteile in der binären Form von gut/böse, richtig/falsch, gerecht/ungerecht nur auf menschliche Handlungen und ihre Folgen, aber nicht auf kausale Naturzusammenhänge angewandt

1 „Die Märkte treiben die Politik vor sich her". Deutsche-Bank-Chefvolkswirt: Euro-Krise braucht dringend nachhaltige Lösungen. http://www.dradio.de/dlf/sendungen/idw_dlf/1527967. Zugriff am 24.5.2013. Alle folgenden Zitat ebd.

© Waxmann Verlag GmbH

werden können, wird zum Argument dafür, „die Märkte“ aus dem moralischen Universum der von Menschen zu verantwortenden Handlungen hinaus zu definieren, sie aus dem „Raum symbolisch verkörperter Gründe“[2] zu exkommunizieren. Das hindert den Chefvolkswirt aber nicht, im Handumdrehen „die Märkte“ wieder als moralische Akteure zu qualifizieren, die sowohl berechtigt seien, legitime Forderungen zu stellen, als auch „ein Misstrauensvotum“ auszusprechen, das im demokratisch-parlamentarischen Verfassungsstaat nur dem vom Volk gewählten Parlament zukommt. In erstaunlicher Offenheit und Unbekümmertheit treten in der weiteren Argumentation „die Märkte“ dann tatsächlich als *die wahren Souveräne* auf, denen nicht nur die Macht zukommt zu dekretieren, dass sich die Politik den Primat verdienen muss, sondern auch darüber zu bestimmen, wann und wodurch sie diese Leistung vollbracht hat, eben dann, wenn sie „eine überzeugende Politik verfolgen, die nachhaltig ist und von der die Leute auch die Überzeugung haben, dass sie letztlich die richtigen Lösungen bringt.“ Zu diesen würde auch die Sicherheit gerechnet werden, dass sich „die Märkte“ in jedem Fall darauf verlassen dürften, dass Schulden notfalls auch durch die Aufnahme weiterer Staatskredite „bedient“ würden. Weil diese Sicherheit fraglich geworden sei, habe „der Markt die Zahlungswilligkeit der Politik infrage gestellt “ und hätten die Anleger den Politikern „ein Misstrauensvotum ausgesprochen.“

Erstaunlich an diesen, die politische und ökonomische Situation interpretierenden Äußerungen, ist nicht nur die Selbstverständlichkeit, mit der „die Politik“ in den Dienst „der Märkte“ gestellt wird; bemerkenswert ist darüber hinaus die Bedenkenlosigkeit, mit der „die Märkte“ einerseits personalisiert und dadurch autorisiert werden, politisch-moralische Urteile zu fällen, andererseits aber zu Naturgewalten erklärt werden, die als solche leider auch unvermeidliche gesellschaftliche Katastrophen verursachen können. Sich gegen sie wehren zu wollen, wäre demnach ebenso aussichtslos und hilflos, wie in einem Sturzbach Gegenrudern oder Wehrmauern errichten zu wollen. Dieser Deutung der Märkte als „Naturgewalten“ korrespondiert in anderen Selbstdeutungen der ökonomischen und wirtschaftswissenschaftlichen Elite die dogmatische Selbstverständlichkeit, mit der die „Gier“ als handlungsleitendes und bewegendes Motiv bemüht wird. Ein anderer Bankier sieht in der unkontrollierbaren Kraft der Gier den Grund für die Unmöglichkeit, den Kapitalismus zu „zähmen“ – „Wer will den Kapitalismus denn einschränken, solan-

2 Jürgen Habermas: Die Lebenswelt als Raum symbolisch verkörperter Gründe. In: Ders.: Nachmetaphysisches Denken II. Aufsätze und Repliken. Berlin, 2012, S. 54–76.

© Waxmann Verlag GmbH

ge die Gier die Menschen antreibt?“[3] Und für einen wissenschaftlichen „Bilanzexperten“ wird Gier buchstäblich zur Wesensbestimmung des Menschen, wenn er auf die Frage, ob „Einkommensmaximierung“ gleichbedeutend mit Gier sei, antwortet: „Was ist Gier? Der Begriff ist mir zu belastet. Wir alle bestehen aus Gier. Ohne Gier kann der Mensch nicht arbeiten. Der Mensch ist ein egoistisches Wesen. Wenn er die Möglichkeit hat, seine eigene Wohlfahrt zu mehren, wird er das in gewissen Grenzen immer tun“.[4] Dass der „Egoismus der Einzelnen zu der größten Wohlfahrt für alle (führt)“ ist eine Gewissheit, die weder empirisch überprüft noch bezweifelt werden muss, da sie sich auf eine Lehre stützt, für die die biografische Erfahrung genügt: „Mit dieser Lehre bin ich aufgewachsen, daran glaube ich.“

Zwei Monate nach dem Interview mit dem Chefökonomen konnten wir Zeugen eines Dramas werden, in dem auf der realpolitischen Bühne der Europäischen Union eines der zentralen Themen der in diesem Band versammelten Beiträge von Tilman Evers inszeniert wurde: Der griechische Ministerpräsident Girgios Papandreou kündigt am 31. Oktober 2011 an, ein Referendum über die Annahme eines „Brüsselers Hilfspaketes“ abhalten zu lassen, das für die Regierung „bindend“ sein werde. Angesichts der seit Wochen andauernden Protestdemonstrationen in Athen galt die Ablehnung als sehr wahrscheinlich. Damit verbunden wäre das Ausscheiden Griechenlands aus der Euro-Zone gewesen und die Gefahr, dass die europäische Währung zusammenbricht. „Papandreous Endspiel“ titelte die Süddeutsche Zeitung (1.11.2011) und berichtet: „Bankenchefs und Staatenlenker fühlen sich von seiner Ankündigung vor den Kopf gestoßen“; Angela Merkel und Nikolas Sarkozy verabreden eine Krisensitzung. „Wer das Volk fragt, wird zur Bedrohung Europas. Das ist die Botschaft der Märkte und seit vierundzwanzig Stunden auch der Politik. Wir erleben den Kurssturz des Republikanischen“, schrieb daraufhin einer der Herausgeber der Frankfurter Allgemeinen Zeitung am 1. November 2011.“[5] Unter dem Druck der Bankenchefs und nahezu aller europäischen Regierungen zog Papandreou sein Vorhaben zurück. Die Akteure in dieser Existenzkrise der europäischen Union sind die europäischen Regierungen und die Bankenchefs einerseits und ein einzelner Ministerpräsident, der öffentlich einen weiteren Akteur ins Spiel zu brin-

3 Im Gespräch: Der Bankier Ludwig Poullain. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 16. März 2013, S. 12.

4 Interview von Sophie Crocoll/Elisabeth Dostert mit Adolf Cronenberg: Wir alle bestehen aus Gier“. In: Süddeutsche Zeitung, 13. Jan. 2014, S. 18. Dort auch das folgende Zitat. A. Cronenberg hatte von 1971–2007 den Lehrstuhl für Wirtschaftsprüfung und Controlling in Augsburg inne.

5 Frank Schirrmacher: www.faz.net/aktuell/feuilleton/der-griechische-weg-der-demokratie-ist-ramsch-11514358html (Zugriff am 2. 1. 2014).

© Waxmann Verlag GmbH

gen erwägt, den die beiden anderen nicht auf ihrer Rechnung haben: „Den Willen des Volkes“. Auch wenn das politische Kalkül Papandreous nicht ganz durchsichtig ist, so bleibt ihm das Verdienst, „den zentralen Konflikt, der sich heute in die ungreifbaren Arkanverhandlungen zwischen Euro-Staaten und Banklobbyisten verschoben hat, für eine Schrecksekunde ins Licht jener Arena zurückgeholt zu haben, wo aus Betroffenen Beteiligte werden können. Gerade wenn nur die Wahl zwischen Pest und Cholera besteht, darf die Entscheidung nicht über die Köpfe einer demokratischen Bevölkerung hinweg getroffen werden. Das ist nicht nur eine Frage der Demokratie, hier steht die Würde auf dem Spiel.“[6] In den antiken griechischen Tragödien bezeichnet die Peripetie den Augenblick der Wahrheit; in diesem Realtheater der Politik enthüllt „Papandreous Kehrtwende (…) den zynischen Sinn dieses griechischen Dramas – weniger Demokratie ist gut für die Märkte.“[7]

In den hier an den Anfang gestellten Beispielen aus der öffentlichen Debatte *zeigen sich die zentralen Themen* einer zivilgesellschaftlichen Erwachsenenbildung, um die es in diesem Band geht, in ihren aktuellen realpolitischen Kontexten: Die Auseinandersetzung um den „Primat der Ökonomie“ und den „Primat der Politik;“[8] die Frage, die Tilman Evers schon vor zwanzig Jahren präzise als das *Demokratie- und Integrationsdilemma der Europäischen Union* formuliert hat, ist bis heute unbeantwortet und der virulente Grund für die europäische Krise: „Wie lässt sich die erreichte Stufe zwischenstaatlicher Integration bewahren, stärken und ausbauen – so lautet dieser Zielkonflikt der politischen Ordnung im Rahmen der Europäischen Union – ohne dafür wichtige Grundsätze und Erfahrungen von Gewaltenteilung und Selbstregierung, Rechts- und Sozialstaatlichkeit opfern zu müssen? Im Kern: Lässt sich das Prinzip der Volkssouveränität nur im homogenen politischen Raum des Nationalstaats verwirklichen, so dass supranationale Integration nur auf Kosten demokratischer Grundsätze gehen kann – und Demokratie nur auf Kosten der Integration?“[9] Das Prinzip der Volkssouveränität bezeichnet zusammen mit den Menschen- und Bürgerrechten das normative Herzstück und die zentrale historische

6 Jürgen Habermas: Rettet die Würde der Demokratie. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 4. November 2011.

7 A.a.O.

8 Auf der zitierten Internetseite wird eine antike Abbildung eines Ringkampfes mit der Unterzeile kommentiert: „Es tobt ein Machtkampf zwischen dem Primat der Ökonomie und dem Primat des Politischen“.

9 Tilman Evers: Das demokratische Dilemma der Europäischen Union. Einführung in: Ders.: Wieviel Demokratie verträgt Europa – wieviel Europa verträgt die Demokratie? Opladen, 1994, S. 14 .

© Waxmann Verlag GmbH

politische Errungenschaft der „Geschichte des Westens."[10] Seinen unbestrittenen Geltungsanspruch und seine kulturelle Anerkennung verdankt es jedoch der *europäischen Revolutionsgeschichte*,[11] an deren Beginn die kulturelle Revolution der Frühscholastik des 11. Jahrhunderts stand. Der Kampf der Kirche um ihre Freiheit von der feudalen Herrschaft („libertas ecclesiae") und der Anspruch des Papstes, ihm komme als Stellvertreter Christi auf Erden („Vicarius Christi") die souveräne Entscheidungskompetenz und der Primat gegenüber dem Kaiser zu, hat das kulturelle und politische Grundmuster Europas entscheidend geprägt. Der historisch-kulturelle Resonanzraum der hier versammelten Beiträge wird daher aus guten Gründen auf der einen Seite durch den Beitrag „Universitas Mundi. Weltentwürfe von Einheit und Vielfalt im Mittelalter" und auf der anderen Seite durch die Beiträge zum „Ethos des Friedensdienstes" bestimmt, dessen Prinzip Tilman Evers unter dem Titel „‚Wenn ihr aufhören könnt zu siegen' – Kulturen des Friedens in der Einen Welt" als *Kritik und Gegenentwurf eines sich selbst verabsolutierenden Souveränitätsprinzip* entfaltet. Jener kulturellen Revolution des Mittelalters ging auch die *erste europäische Friedensbewegung* voraus, die als Teil der vom Kloster Cluny ausgehenden kirchlichen Erneuerungsbewegung im 10. Jahrhundert den „Gedanken des Gottesfriedens" verbreitete und unter dem Schutz und mit Hilfe der Macht des Kaisers die Willkür der feudalen Fehde und der Gewalt „gegen Geistliche, Pilger, Kaufleute, Frauen und Bauern und gegen Kirchen- und landwirtschaftliches Eigentum" zu verbieten versuchte.[12] Jene „Landfriedensbewegung" zielte damit zugleich darauf ab, die Gewalt der adeligen Herren zu zivilisieren, indem sie ihr und der Praxis des Fehdewesens Grenzen zu setzen suchte. Indem Tilman Evers gerade im Kontext der institutionell-politischen Etablierung des Friedensdienstes auf die utopischen Entwürfe zurückgreift, die im Rahmen der „Wissenschaftsrevolution der Frühscholastik" entwickelt wurden, verknüpft er *die politische Realgeschichte mit der politischen Diskursgeschichte* zu einer unterschiedenen Einheit. Diese Verknüpfung ist für ihn nicht nur eine Frage der politik- und geisteswissenschaftlichen Methode, sondern hat ihre Voraussetzungen in der Sache selbst, dem historisch-politischen Prozess. Sein *Verständnis und seine Praxis politischen Denkens*, das diesen hier versammelten Texten zu Grunde liegt und sie in ihrem Argumentations- und Sprachgestus charakterisiert, ist geleitet von der Frage nach der „guten Ordnung." In dem

10 Heinrich A. Winkler: Geschichte des Westens. Von den Anfängen in der Antike bis zum 20. Jahrhundert. München 2013 (Jubiläumsausgabe); 1. Aufl. 2009.

11 Eugen Rosenstock-Huessy: Die Europäischen Revolutionen und der Charakter der Nationen. Zürich/Wien, 1951 (1. Aufl. 1931).

12 Harold J. Berman: Recht und Revolution. Die Bildung der westlichen Rechtstradition. Frankfurt am Main, 1995, S. 154.

© Waxmann Verlag GmbH

programmatisch zu nennenden Beitrag „Kampf um Deutung. Politische Theorien als Selbstentwürfe im geschichtlichen Prozess“[13] wird diese Frage mit der anderen nach dem *existenziellen Sinn politischer Theoriebildung* im Sinne eines politik- und subjekttheoretischen Axioms unmittelbar verbunden: „Die Frage nach der guten Ordnung verweist auf die Grundfrage: Was ist der Mensch? Woher kommt er? Wohin geht er? Nur in dem Nachsinnen hierüber kann jede Zeit eine Antwort darauf versuchen, was ‚gut‘ ist. (…) Die Geschichte der Gesellschaftstheorien hat zutiefst mit uns selbst, unserem Ort in der Welt und in der Geschichte zu tun. Sie trägt den Zweck in sich selbst, uns ein Bild von uns selbst zu ermöglichen. *Alle großen Gesellschaftsentwürfe sind zugleich Selbstentwürfe im geschichtlichen Prozess* (Herv. A. Seiverth).“[14]

„Selbstentwürfe“ sind politisch-institutionelle Antworten individuell und kollektiv handelnder Personen auf die Frage: Wie verstehen wir uns als freie und verantwortliche Wesen? Wie wollen wir im Lichte unseres Selbstverständnisses als rechenschaftsfähige, aus Gründen handelnde und durch Werte gebundene Menschen leben? Dies sind *existenzielle Fragen*, die nicht erst in ihrer Beantwortung, sondern indem sie als solche existenziellen gestellt werden, *politische Fragen* sind. Das Charakteristische für die Arbeiten von Tilman Evers ist daher vor allem darin zu sehen, dass ihnen die Überzeugung zu Grunde liegt: Im politischen und im zivilgesellschaftlichen Handeln folgen wir einem Bild von uns selbst, das sich in der institutionellen Ordnung unserer Lebensform verkörpert, das objektiv und damit zum Handlungs- und Freiheits- oder Herrschaftsraum unseres Lebens wird. Die *Frage nach Sinn und Ziel politischen Handelns* ist damit gleichermaßen historisch-kulturell situiert und existenziell-biografisch bestimmt. Sie hat aber auch selbst eine Geschichte und ist Teil der Geschichte.[15] Gewiss hat die (Wieder-)Entdeckung der Politik als kollektive Handlungsmacht und das „Denken der Politik“ in Europa auch

13 In d. Bd. S. 147.

14 In d. Bd. S. 155.

15 Auch wenn die Einleitung in diese Auswahl von Texten nicht der angemessene Ort dafür ist, den theoretischen Zusammenhang des politischen Denkens von Tilman Evers mit der nahezu zeitgleich entwickelten philosophischen Anthropologie und Politischen Theorie von Charles Taylor darzulegen, ist der Hinweis von historischer und systematischer Bedeutung. Er mag auch die Intention sichtbar machen, die Ideen für die Begründung und Entwicklung einer Konzeption „Zivilgesellschaftlicher Erwachsenenbildung“ im Kontext einer kritischen Sozialphilosophie und aktueller Stellungnahmen zu realpolitischen Problemen zu verorten. Vgl. dazu die grundlegende Interpretation von Hartmut Rosa: Identität und kulturelle Praxis. Politische Philosophie nach Charles Taylor. Frankfurt/New York, 1996.

© Waxmann Verlag GmbH

antike Wurzeln; ihren für die Geschichte Europas und sein kulturelles Selbstverständnis *prägenden Beginn* hatte sie jedoch in jenem Kampf um die „Freiheit der Kirche", dem Kampf um die Zivilisierung feudaler Herrschaft und in der Entfaltung eines *eigenständigen Politikdiskurses*. Vorbereitet war dieser durch die lange, bis ins Alte Testament zurückreichende Tradition des „Fürstenspiegels", „der Unterweisung zur rechten Herrschaft"[16] und der „Fürstenparänese" (Fürstenermahnung), der es noch nicht um „die Institution Monarchie und ihre Struktur, sondern um das richtige sittliche Verhalten des Herrschers und seine Erziehung (ging). Politik war die Ausübung bestimmter Tugenden, die pädagogisch eingeübt werden mussten. Tyrannis im Gegensatz dazu die Lasterhaftigkeit schlechthin, was sogar als Selbstdisqualifikation des Herrschers gedeutet werden konnte."[17] Die Ausübung der Herrschaft wurde an die moralische Qualifikation des Herrschers gebunden, dem im Fürstenspiegel ein „Verhaltenskodex" vor Augen gestellt wird, nicht anders als die Ehrenkodexe „of good governance", denen sich große, korruptionsgefährdete Konzerne und Staaten öffentlich verpflichten.

War darin auch schon ein Moment der Rationalisierung der sakralen Würde von Königen impliziert, so hat doch erst die durch die Papstrevolution des 11. Jahrhunderts unumkehrbar in Gang gesetzte *Säkularisierung königlicher und damit staatlicher Macht* den systematischen Zusammenhang zwischen der „Natur des Menschen" und der „Rationalität staatlicher Herrschaft" entfaltet und zum Gegenstand öffentlicher Reflexion der Eliten und dann zunehmend auch des „gemeinen Mannes" gemacht. Dieser *theoretische Säkularisierungsschub* verdankt sich vor allem der Rezeption der „Politik" und der „Ethik" des Aristoteles im 13. Jahrhundert. Dass der Mensch „von Natur aus ein soziales und politisches Wesen" sei, wurde zur Begründung der Monarchie als beste Regierungsform ebenso herangezogen wie für die der Republik. Entscheidend aber war, dass nun, mit der Politik des Aristoteles „im Argumentationsarsenal", eine „systematische Durchdringung ‚politischer' Zusammenhänge möglich und mit praktischen Empfehlungen zusammengebracht" werden konnte. „Die Welt der Fürsten reagierte darauf rasch. Alle Herrschaft musste aufwendiger legitimiert und effizienter organisiert werden."[18] Diese Notwendigkeit spiegelt sich in den großen Entwürfen der neuzeitlichen politischen Theorie; ihr

16 Vgl. Johannes Fried: Das Mittelalter. Geschichte und Kultur. München 2009 (2. Aufl.), S. 309 Der Autor erwähnt in diesem Zusammenhang ausdrücklich Johannes von Salisbury und dessen „Policratius", den auch Tilman Evers vorstellt. Vgl. in d. Bd. S. 79 ff.

17 Wolfgang Reinhard: Geschichte der Staatsgewalt. Eine vergleichende Verfassungsgeschichte Europas von den Anfängen bis zur Gegenwart. München, 2002 (3. Aufl.; 1. Aufl. 1999), S. 101.

18 Johannes Fried, a.a.O. S. 311.

© Waxmann Verlag GmbH

zentrales Thema ist die Zivilisierung und Rationalisierung der staatlichen Gewalt. Die Logik ihrer Argumentation ist auch hier der Begründungszusammenhang von Menschenbild und Legitimation staatlicher Herrschaft, nun jedoch auf der Basis eines radikalisierten Nominalismus, der sowohl das individuelle Selbstinteresse als auch die staatliche Gewalt absolut setzt. Nun wird die Konzeption der Souveränität als rationale Konstruktion einer absoluten Gesetzgebungsgewalt von Jean Bodin entworfen und von Thomas Hobbes als fiktive-reale Konstruktion eines Herrschafts- und Gesellschaftsvertrages fortgeführt. Auch bei ihm bedingen sich Selbstbild des Menschen und Gesellschafts- und staatlicher Ordnungsentwurf wechselseitig. „Der Mensch des Thomas Hobbes ist ein von Leidenschaften getriebenes Wesen, vor allem vom Willen zur Macht und von der Furcht. Das Zusammenwirken von beiden führt im vorstaatlichen Naturzustand zum Krieg aller gegen alle.“[19] Aus rationaler Einsicht in das eigene Sicherheitsinteresse treten die Subjekte im Naturzustand ihre Handlungssouveränität an die im Monarchen verkörperte Staatsgewalt ab, deren Legitimität sich aus der nach innen und außen zu gewährleistenden Rechtssicherheit der Bürger ergibt. Zur Aufrechterhaltung der Rechtssicherheit ist aber die Konzentration aller Gewalt in einer Hand erforderlich. Das auf diese Weise hergestellte Gewaltmonopol des Staates wird nach innen als Rechtssicherheit, nach außen im souveränen Recht zur Verteidigung und zur Kriegsführung (ius ad bellum) wirksam. Der auf den Begriff der Souveränität bezogene Diskurs erfährt durch John Locke eine entscheidende Differenzierung und Fortentwicklung und wird zur Begründung der liberalen Theorie der Politik. Ihr liegt wiederum ein verallgemeinertes Bild des Menschen zugrunde, ein vernunftorientiert optimistisches: „Der Mensch ist dem Menschen nicht mehr ein Wolf; er ist der Vernunft zugänglich und fähig, Recht und Unrecht zu unterscheiden; er verfügt über Eigentum. Wenn er Gewalt anwendet, um sein Recht durchzusetzen, tut er es nicht, um sich zu rächen, sondern um erfahrenes Unrecht zu sühnen. Er tut es, solange noch kein irdischer Richter (no judge on earth) vorhanden ist, unter Anrufung des Himmels, also als Richter in eigener Sache und gestützt auf ein ungeschriebenes Gesetz, das Naturgesetz. Ein wirksamer Schutz des Eigentums lässt sich so jedoch nicht erreichen, und eben deshalb schließen sich die vielen einzelnen zu einer Gemeinschaft oder einem Staat (community or government) zusammen. Sie bilden damit ‚einen einzigen politischen Körper‘ (one Body Politick), in dem die Mehrheit das Recht hat, zu handeln und die übrigen Mitglieder mitzuverpflichten.“[20] Mit diesem Menschenbild leitet Locke „einen anthropologischen Paradigmenwechsel von säkularer Bedeu-

19 Wolfgang Reinhard: A.a.O. S. 115.

20 Heinrich A. Winkler, a.a.O. S. 176 f.

© Waxmann Verlag GmbH

tung“ ein, durch den „aus einem Leben in allgemeiner Feindschaft ein Verhältnis gegenseitigen Wohlwollens geworden (ist), statt Bosheit wird Güte zum axiomatischen Grundcharakter des Menschen.“[21]

Die Wahrheit zwischen solch pessimistischen und optimistischen Selbstbildern des Menschen liegt im politischen Denken von Tilman Evers nicht „in der Mitte“ und auch nicht in einem liberal-ausgleichenden „sowohl-als auch“. Die Wahrheit ist ein Prozess, der den inneren Gegensätzen und Widersprüchen von „Selbst- und Gesellschaftsentwürfen“ folgt und sie nicht tilgt. Die glücklichen Momente dieser Wahrheit im Prozess sind die des Entdeckens und Findens neuer Denk- und Verhaltenskonstellationen; es gibt keinen Beitrag in diesem Band, der nicht von diesem Ethos bestimmt wäre: Der leidenschaftliche Wille, den gegnerischen Positionen gerecht werden zu wollen, ist getragen von der unverfügbaren Hoffnung, etwas neues und dadurch vielleicht auch einen „Ausweg“ zu finden. Dies gilt für philosophische Kontroversen wie die zwischen Ernst Bloch und C. G. Jung ebenso wie für die Analyse des Dilemmas von Nationalstaaten, denen Grundelemente ihrer Souveränität und der demokratischen Selbstbestimmung durch die halbierte politische Logik des europäischen Integrationsprozesses abhandenkommen. Dass es einseitige Wahrheiten und Lösungen nicht mehr geben kann, ist – ohne den historisch-politischen Prozess, der dahin führte als notwendigen und erfolgreichen zu verklären – das Resultat der europäischen Geschichte selbst; die Anerkennung des Pluralismus ist kein abstraktes Prinzip und keine moralische Forderung, sie ist eine gesellschaftliche Wirklichkeit, für die Lebensformen zu (er)finden sind, in denen das individuelle Recht der Selbstbestimmung, die Freiheit zur selbstgewählten Verpflichtung und Solidarität ihren Ausdruck findet. Ihren politischen Ausdruck findet diese Realität des anerkannten Pluralismus in der Idee einer *aktiven Bürgergesellschaft*, die Tilman Evers in ihren überzeugenden Stärken ebenso genau und sympathetisch zu beschreiben versteht, wie er ihre Kehrseiten und Schwächen mit dem kühlen Blick des realistischen Politikers ins rechte Licht zu rücken weiß. Er hat diese Haltung, die ihm eigen ist und von der ich glaube, dass sie auch nicht „erworben“, sondern eine glückliche Gabe ist, in einer wunderbaren Charakterisierung „klassischer Großtheorien“ zum Ausdruck gebracht, und in ihr wohl am besten die Intentionen artikuliert, die auch ihn leiten: Die „klassischen Großtheorien, mit denen politische Theorie und Ideengeschichte traditionell zu tun hat, waren in ihrer Zeit politische Stellungnahmen, ja Parteinahmen, und damit Teil der politischen Geschichte. Sie beinhalten eine Kritik an den Verhältnissen, die diese Denker in ihrer jeweiligen Gesellschaft vorfanden, eine Warnung vor Bedrohungen, die sie

21 Wolfgang Reinhard, a.a.O. S. 118 f.

© Waxmann Verlag GmbH

wahrnahmen sowie Antworten, mit denen sie Auswege aus den Notlagen aufzuzeigen versuchten."[22]

Die Auswahl der Beiträge bezieht sich zum großen Teil auf die Zeit, in der Tilman Evers als wissenschaftlicher Referent für Politische Bildung bei der Deutschen Evangelischen Arbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung (DEAE) tätig war (1994–2002). Ein Blick auf seine beachtliche Veröffentlichungsliste zeigt, dass damit nicht das ganze intellektuelle Lebenswerk des Autors erfasst wird. Ehe er als Studienleiter in der Evangelischen Akademie Hofgeismar für Recht und Politik tätig war, hatte er sich bereits einen Namen als Lateinamerikaforscher und Assistenzprofessor am Lateinamerikainstitut der FU Berlin gemacht. Auch seine letzten Forschungsinteressen sind hier nicht dokumentiert: Aus mehreren Studienreisen zur Kathedrale von Chartres folgten bei ihm Forschungen zur Ideenwelt des Mittelalters, die ihn aber in keiner Weise abhalten, in einer Bürgerinitiative gegen die Vermietung eines Kirchturms an einen Telefonmonopolisten aktiv mitzuwirken. Ich hatte das Glück, Tilman Evers als beruflichen Kollegen zu erleben und konnte ihn etwas darin unterstützen, dass er Zeit und intellektuelle Kraft fand, den institutionellen Aufbau des Zivilen Friedensdienstes zu befördern. Ja, ich zögere nicht, ihn als einen seiner bedeutendsten geistigen Architekten zu bezeichnen; die Beiträge des vierten Kapitels in diesem Band dokumentieren dies auf eindrückliche Weise. Sie lassen uns zugleich zu Zeugen eines Modellfalls einer „zivilgesellschaftlichen Erwachsenenbildung" werden: Der mit viel politischem Engagement und intellektuellem Argumentationsaufwand betriebene Aufbau eines Zivilen Friedensdienstes verdankt seinen Erfolg der bewundernswerten Fähigkeit seiner Protagonisten, aus der leidend-tätigen Wahrnehmung von Gewaltkonflikten nach der Rückkehr des Krieges nach Europa eine praktische Gestalt der Friedenshoffnung zu entwickeln. Die epochale Wende des Jahres 1989, die einen zum Kalten Krieg erstarrten politisch-ideologischen Systemkonflikt aufgesprengt hat, führte gewiss nicht „das Ende der Geschichte", den alternativlosen Sieg der kapitalistischen Demokratien des Westens herbei; die Geschichte sollte aber auch nicht einfach „weitergehen" und sich im Vergötzen von Macht- und Gewaltpolitik wiederholen. Darin kommt ein Grundimpuls zum Ausdruck, der die Lebensgeschichte von Tilman Evers durchzieht: von der Chile-Solidarität der 70er Jahre über die Kampagnen zur Verfassungsänderung nach der deutschen Wiedervereinigung und sein Engagement, direktdemokratische Elemente in ihr zu verankern, bis zu seiner impulsgebenden Mitverantwortung für die konzeptionelle, pädagogisch-praktische und institutionelle Ausgestaltung des Zivilen Friedensdienstes.

22 In d. Bd. S. 148.

© Waxmann Verlag GmbH

Was Tilman Evers in seinem politischen Denken bewegt und inspiriert, ja ihn umtreibt und zum Schreiben motiviert, ist die Fähigkeit zu einer kritischen Zeitgenossenschaft und ein historisches Zeitbewusstsein, das den geschichtlichen Prozess „im Modus von Herausforderung und Antwort, challenge and response“[23] wahrnimmt. Jeder der hier versammelten Beiträge ist daher mit einem historischen Index versehen, der uns auch im Abstand zum Entstehungszeitpunkt der Texte zu Zeitgenossen macht, uns in die intellektuelle Auseinandersetzung zwingt und zur politischen Stellungnahme auffordert. Evers braucht dafür keinen „Beutelsbacher Konsens“, der die „Kontroversität“ der politischen Positionen zum didaktischen Prinzip erklärt und ein „Überwältigungsverbot“ einführt, um die Didaktik der Politik in der Schul- und Erwachsenenbildung auf Distanz zur Politik zubringen.[24] Seine Texte sind „politische Fallanalysen“ und Interventionen, die – anders als die „Großtheorien“, deren Stärke darin besteht, die für ihre Zeit zentralen Widersprüche zu integrieren – die „wesentlichen gesellschaftlichen Spannungen ihrer jeweiligen Epoche“ analysieren (zerlegen!) und ihre Widersprüchlichkeit zu einer intellektuell-politischen Auseinandersetzung machen. Insbesondere in seinen auf die konkrete historische Situation bezogenen scharfsinnigen begriffsgeschichtlichen Analysen zu den (verpassten!) Chancen einer revidierten Verfassung nach der Wiedervereinigung Deutschlands entwickelt er den zentralen Gedanken einer „gestuften und geteilten Volkssouveränität.“ In der heutigen Problemkonstellation der Europäischen Union, die aus ökonomischen Gründen ein Gemeinschaftshandeln praktizieren muss, das aber ohne „politische Deckungsreserven“ auszukommen hat, könnte der Begriff der „gestuften Volkssouveränität“ sich auch als das wesentliche Konstruktionselement für den Übergang zu einer „Politischen Union Europas“ erweisen, durch den der kontrollierte Souveränitätsverzicht der europäischen Nationalstaaten durch einen Zuwachs an demokratischer Legitimation der politischen Steuerungsorgane kompensiert werden würde.[25]

---

23 Das Zitat ist die Umkehrung einer Verhaltenscharakterisierung, mit der Jürgen Habermas den politischen Zeitgeist in seiner Rede anlässlich der Verleihung des Heinrich Heine-Preises der Stadt Düsseldorf am 14. Dezember 2012 bestimmt: „Wir verhalten uns zur Zukunft nicht mehr im Modus von Herausforderung und Antwort, challenge and response, sondern – wie uns die Bundeskanzlerin einschärft – im Modus von TINA: There is no alternative.“ In: Jürgen Habermas: Im Sog der Technokratie. Kleine politische Schriften XII. Berlin, 2013, S. 47–64; S. 56. Herv. im Orignal.

24 Vgl. meine Rezension zu: Klaus Ahlheim/Johannes Schillo (Hg.): Politische Bildung zwischen Formierung und Aufklärung. Kritische Beiträge zur Bildungswissenschaft 6, Hannover 2012, in: Forum Erwachsenenbildung, Heft 4/2013.

25 Vgl. die Beiträge im dritten Kapitel dieses Bandes: Volkssouveränität – Nation – Europa. In d. Bd. S. 145ff. Der Gedanke einer „an der Wurzel geteilten Souveränität“ avan-

© Waxmann Verlag GmbH

Von Charles Taylor stammt der Begriff der „moralischen Landkarte“, auf der wir unser Selbstverständnis als Werte und Normen verzeichnen, nach denen wir uns verstehen wollen und die uns zu urteils- und rechenschaftsfähigen Wesen machen. Und Ernst Bloch hat den Begriff des „unabgegoltenen Erbes“ in unserer kulturellen Überlieferung geprägt. Eine solche „moralische Landkarte“ zeichnet sich in der Konzeption dieses Bandes ab, die ergänzt wird um einen weiten historischen Blick. Sie wird durch die in den Kapiteln verwendeten Begriffe konturiert, die ihre Differenzierung und Tiefendimension, ihre Orientierungs- und Inspirationskraft gerade dadurch gewinnen, dass durch ihre ebenso sorgfältige wie zupackende geschichtliche Rekonstruktion und durch überraschende Konstellierungen jene „polemischen Energien ihrer ideengeschichtlichen Vergangenheit“ freigesetzt werden, die Tilman Evers exemplarisch am Begriff der „Bürgergesellschaft“ aufgedeckt hat.[26] Das Verfahren bewährt seine Kraft in gleicher Weise in der Kritik an einem rationalistisch-reduzierten Menschenbild, das unser humanes Selbstverständnis auf die Fähigkeit beschränkt, unser Handeln im Kalkulieren und Verfolgen unserer individuellen Präferenzen und Interessen zu sehen (1. Kapitel: Erwachsenenbildung und Menschenbild). Die Idee des „aufrechten Gangs“ und der menschlichen Würde ist damit ebenso wenig zu denken, wie sich ein „bürgerschaftliches Demokratieverständnis“ in einer leidlich funktionierenden repräsentativen Demokratie und einer „liberalen Politik als Politik von Eliten für Eliten“ erschöpfen kann, sondern einen „Zuwachs an bürgerschaftlicher Kompetenz und Selbstachtung“ zu bewirken vermag (2. Kapitel Zivilgesellschaft und Protestantismus). Mit dem Begriff der „praktizierten Volkssouveränität“ und seiner Aktualisierung in der deutschen und dann auch der europäischen Verfassungsdiskussion um die Entwicklung einer „supranationalen Staatlichkeit“ haben wir das theoretische und moralische Gravitationszentrum des politischen Denkens und der praktischen Intentionen der hier versammelten Texte (3. Kapitel: Volkssouveränität – Nation – Europa). In der formalen Logik und in politischen Kontroversen gilt der Grundsatz „Tertium non datur“ (Ein Drittes gibt es nicht). Auch wenn der Grundsatz gültig bleibt, er soll und muss nicht „das letzte Wort haben“. Darauf gründet sich das „Ethos und die Wirklichkeit des Friedensdienstes“ (4. Kapitel). Tertium datur – heißt seine Grundformel; sie ist aus geschichtlicher Erfahrung und der „Unfähigkeit der europäischen Staatenwelt“ gewonnen, auf den Jugoslawienkrieg „mit überkommenen staatlichen Mitteln eine

cierte in den letzten Jahren bei Jürgen Habermas zum zentralen Argument für die institutionelle Weiterentwicklung der Europäischen Union. Vgl. ders.: Im Sog der Technokratie. Ein Plädoyer für europäische Solidarität. In ders.: A.a.O.: S. 81; Vgl. ders.: Ach Europa. Ein Essay. Berlin 2011.

26 Vgl. in d. Bd. S. 105–114.

© Waxmann Verlag GmbH

angemessene Antwort zu finden." Der Impetus des Friedensdienstes ist davon bestimmt, „angesichts der Gefahren und Konflikte einer sich globalisierenden Welt (…) die Chancen einer transnationalen Ziviltät und Demokratie zu stärken, die in der derselben Entwicklung zu einer Weltgesellschaft als positive Möglichkeit angelegt sind."[27]

Wir veröffentlichen diese Beiträge aus Respekt und in Anerkennung der Arbeit unseres ehemaligen Kollegen und eines jener Intellektuellen, die Michael als „verbundenen Kritiker" beschreibt und der durch die „Tugendenden des Mutes, des Mitleids und des guten Auges" mit der Gesellschaft verbunden ist. Wir ehren in ihm aber auch den politischen Gesellschaftskritiker, der nicht auf den augenblicklichen Erfolg fixiert ist, sondern darauf vertraut, dass die „polemischen Energien" auch seiner Ideen und die „konstruktiven Entwürfe" seiner politischen Phantasie ihre Wirkung nicht verfehlen werden.[28] Den Anstoß dazu gab zuletzt sein 70. Geburtstag, um diesen schon länger gehegten Gedanken zu verwirklichen. Über dieses persönliche Motiv hinaus ist dieser zweite Band der neu begründeten Schriftenreihe „Erwachsenenbildung" des Comenius-Instituts und der Deutschen Evangelischen Arbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung der Intention verpflichtet, den mit dem Prinzip der „öffentlichen Anerkennung" verbundenen historischen Auftrag einer zivilgesellschaftlich fundierten Erwachsenenbildung – und diese insbesondere in ihrer protestantischen Ausprägung – gerade in einer Zeit zu aktualisieren und zu stärken, in der die neugeschaffene Immunitätsformel von der „Systemrelevanz der Banken" und die „Souveränität der Märkte" die Politik und ihre Entscheidungen dominieren. Natürlich muss man den eingangs zitierten Diagnosen führender Repräsentanten unserer ökonomischen und wissenschaftlichen Elite nicht erst die Ehre antun, sie zu „Theorien" zu adeln, um sie in ihrer Relevanz für die politische Theorie und für politische Erwachsenenbildung wahr und ernst zu nehmen; es genügt, in ihnen die unverhohlenen Machtansprüche einer neofeudalen Elite zu se-

27 Vgl. in d. Bd. S. 300.

28 Zum hier gebrauchten Begriff des „verbundenen Kritikers" und den „Voraussetzungen von Gesellschaftskritik" vgl.: Michael Walzer: Mut, Mitleid und ein gutes Auge. Tugenden der Sozialkritik und der Nutzen der Gesellschaftstheorie. In: Deutsche Zeitschrift für Philosophie. Bd. 48; Heft 5/2000, S. 709–718, S. 718. Auf diesen Beitrag replizierte Axel Honneth mit seinem Beitrag: Idiosynkrasie als Erkenntnismittel. Gesellschaftskritik im Zeitalter des normalisierten Intellektuellen. In: Ders.: Pathologien der Vernunft. Geschichte und Gegenwart der kritischen Theorie. Frankfurt am Main, 2007, S. 219–234, auf den wiederum M. Walzer in der Festschrift für A. Honneth von R. Forst/M. Hartmann/R. Jaeggi/M. Saar (Hrsg.): Sozialphilosophie und Kritik, Frankfurt am Main, 2009, mit seinem Beitrag „Gesellschaftskritik und Gesellschaftstheorie" antwortete. A.a.O. S. 588–607.

© Waxmann Verlag GmbH

hen, die die Gesellschaft der steuerzahlenden Bürgerinnen und Bürger dafür in Haftung nimmt, ihre Spekulationsrisiken und Gewinnansprüche abzusichern. Wir setzen darauf und wünschen diesen Texten von Tilman Evers die Kraft, dass sie für uns das werden, was die Geschichte den Fürsten einmal war – eine Lehrmeisterin und dass sie uns zu einem „fürstlichen Lernen“ animieren. „Im Zeitalter der Volkssouveränität“ dürften wir weder dem „zweifelhaften Ideal einer marktkonformen Demokratie“ folgen, noch uns widerstandslos den „Imperativen der Märkte“ aussetzen,[29] sondern daran festhalten, dass wir „alle Fürsten sind“.[30]

29 J. Habermas, a.a.O. S. 92.

30 In d. Bd. S. 155.

© Waxmann Verlag GmbH

I. Erwachsenenbildung und Menschenbild

© Waxmann Verlag GmbH

Die Krise der Politischen Bildung ist die Krise der Gesellschaft

Das geringe Interesse an politischen Themen im Bereich der Erwachsenenbildung ist nicht in erster Linie eine Krise der politischen Bildung, sondern eine Krise der Gesellschaft: Die Beziehung zwischen Bürgergesellschaft und Staat ist – übrigens nicht nur in Deutschland – gestört.

Umso wichtiger wäre politische Bildung als Beitrag zur Überwindung dieser Entfremdung. Es gibt allerdings Grenzen dessen, was Bildung aus eigenen Möglichkeiten an der verbreiteten Abkehr von politischen Problemen und vom gesellschaftlichen Engagement ändern kann. So wichtig die Suche nach neuen Methoden und thematischen Zugängen ist, so wenig kann sie für sich genommen das erlahmte Interesse wieder entfachen. Es müssen Spielräume gesellschaftlicher Mitverantwortung „entgegenkommen", die den Erwerb von Wissen sinnvoll und nötig erscheinen lassen. Wenn dies heute kaum geschieht, dann in erster Linie aufgrund gesellschaftlicher Strukturen und Prozesse, die den Austausch blockieren. Dieses Papier versucht, solche Strukturen zu benennen und einige ihrer Ursachen zu umreißen.

Das Fazit wird sein: Politische Bildung muss heute nicht nur Wissen vermitteln und zum Handeln befähigen, sondern meist noch die Spielräume der Umsetzung mit auffinden oder schaffen helfen. Das ist im Veranstaltungsalltag der meisten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eine Überforderung. Allerdings zeigen die Beispiele gelungener politischer Bildung, dass dort jeweils die Perspektive konkreter Handlungsmöglichkeiten entweder durch günstige Umstände eröffnet, durch die berufliche Zielgruppe der Teilnehmerinnen und Teilnehmer vorgegeben oder sonst vom Veranstalter mühevoll selbst geschaffen worden war.

Jedenfalls ist es gut, sich einen Begriff von den gesellschaftlichen Ursachen politischer Passivisierung zu machen – nicht zuletzt, damit Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Erwachsenenbildung das Problem nicht (nur) bei sich suchen und wissen, dass die Erwartungen an politische Bildung zum Teil eine gesellschaftliche Krise auf sie ablasten.

1. Das Öffentliche und das Private

In den letzten Jahren ist das Ansehen der Politiker in den Augen der Bevölkerung drastisch gesunken. Nur wenige Vertreter/innen der „politischen Klasse" rangieren

© Waxmann Verlag GmbH

in den Bewertungen der Umfragen oberhalb der Nullmarke. Mit der Politik als Beruf werden Unfähigkeit und Machtgier, Geldschneiderei und Skandale assoziiert. – Umgekehrt haben Politiker und Politikerinnen ein wenig schmeichelhaftes Bild von „dem Volk". Es erscheint ihnen als launische und wehleidige Ansammlung von Individualisten und Egoisten. Erst kürzlich hat Richard von Weizsäcker auf dem Evangelischen Kirchentag in Hamburg die Eigensucht und Verantwortungsscheu vieler Bürger/innen getadelt.

Bürgergesellschaft und Staat sind offenbar dabei, sich gegeneinander abzukapseln. Statt aufeinander bezogen zu sein, drohen beide Bereiche, sich in hermetische Selbstläufe zu verstricken und darüber den notwendigen Wechselbezug zueinander zu verlieren. Das ist gefährlich. Denn an dem lebendigen Austausch und Zusammenwirken hängt die Möglichkeit des sozialen Lernens, das wir für die Herausforderungen der Gegenwart und Zukunft brauchen. Es hängt daran die Legitimität demokratischer Entscheidungen, und damit die Chance gewaltfreier Konfliktaustragung. Und es hängt daran die Chance vernünftiger Selbstregierung, also im Kern das Projekt freiheitlicher Politik.

Dieses Auseinanderklaffen zwischen Gesellschaft und politischem System hat seine geschichtlichen und strukturellen Wurzeln. Wir verdanken unsere heutigen Grundformen von Demokratie den liberalen Bewegungen des 18. und 19. Jahrhunderts, die seinerzeit den wirtschaftlichen und sozialen Aufstieg des Bürgertums gegenüber dem Adel politisch begleiteten und begründeten. Die wesentliche Leistung des Liberalismus bestand und besteht in einer klaren rechtlichen Trennung zwischen einer durch scharfgeschnittene Menschen- und Bürgerrechte gesicherten *privaten* Sphäre als ein von staatlichem Zwang freier Raum für die wirtschaftliche und persönliche Entfaltung der Einzelnen, und einer auf die Sachwaltung der gemeinsamen Anliegen bezogenen *öffentlichen* Sphäre, die dem größten Wohl der größten Zahl verpflichtet ist. Zusammen mit dem demokratischen Prinzip der Volkssouveränität wird jede Ausübung politischer Herrschaft begründungspflichtig am Maßstab der größtmöglichen Freiheit aller. Als die zur Umsetzung dieser Grundsätze erforderliche institutionelle „Grundausstattung" jeder Demokratie erwiesen sich: die freie Wahl von Repräsentanten, politische Parteien, Gewaltenteilung und Mehrheitsprinzip.

Hier ist nicht der Ort, um die vielen Kämpfe, auch Rückschläge und Verbiegungen zu schildern, die im 19. und 20. Jahrhundert die bis heute unvollkommene Durchsetzung dieser Grundsätze begleitet haben. Ebenso wenig können hier die vielfältigen ideengeschichtlichen Hinzufügungen und praktischen Abwandlungen dargelegt werden, die dieses – zu einfache – Gegenüber von Öffentlichem und Privatem jeweils ergänzt haben.

© Waxmann Verlag GmbH

Festzuhalten bleibt, dass unser heutiges Maß an öffentlicher wie privater Freiheit weiter auf dieser Unterscheidung zwischen dem Bereich des Einzelnen und denen des Gemeinwesens beruht. Die totalitären Verirrungen dieses Jahrhunderts, die diese Unterscheidung rückgängig zu machen versuchten, haben mit ihren schrecklichen Folgen gerade die Unverzichtbarkeit der Trennung zwischen Gesellschaft und Staat bewiesen.

In der Trennung liegt aber zugleich der Keim für die heute zu beobachtende Tendenz der gegenseitigen Entfremdung zwischen Bürgerschaft und Politik. Es zeigt sich: Gegenüber der totalitären Gefahr der gewaltsamen Verschmelzung von Gesellschaft und Staat gibt es als Gegenpol auch die Gefahr ihres Auseinanderfallens, als äußerste Konsequenz eines vereinseitigten Liberalismus. In diese Richtung bewegt das Pendel sich heute. Worauf es ankäme, wäre das richtige Maß von Abstand *und* Nähe zwischen beiden. Denn beide können nur im Austausch miteinander ihre jeweiligen Aufgaben erfüllen, sinnerfülltes menschliches Leben in seiner Doppelgestalt als unverwechselbare Individualität *und* als zoon politikon, als Einzelwesen in Gemeinschaft zu ermöglichen. – Woran liegt es, wenn dieses Verhältnis heute gestört ist?

2. Gesellschaftliche Atomisierung

Im Gefolge der rasanten technisch-industriellen Entwicklung der letzten beiden Jahrhunderte und noch mal besonders der letzten Jahrzehnte hat eine enorme Ausdifferenzierung der gesellschaftlichen Arbeitssteilung, damit auch der Sozialrollen und Orientierungsmuster stattgefunden. „Die“ Gesellschaft gibt es als reale Gesamtheit kaum noch. Statt dessen zeigt sich ein in seinen Zusammenhängen nicht mehr nachvollziehbares Nebeneinander von Interessen, Funktionen und Gruppen mit ihren je eigenen, untereinander kaum noch vermittelbaren Codes, die von der Bewältigung ihrer jeweils unmittelbaren Aufgaben und Probleme vollständig in Atem gehalten werden. Das Problem des gegenseitigen Sprachverlustes zwischen Gesellschaft und Staat beginnt hier, *innerhalb* der Gesellschaft, im Nicht-Verhältnis der zunehmend atomisierten Milieus zueinander.

In Deutschland hat diese gesellschaftliche Aufsplitterung in den letzten Jahren starke zusätzliche Akzente erhalten. Die soziale Auseinanderentwicklung der Einkommen hat sich verschärft; mit der Arbeitslosigkeit steht die „soziale Frage“ wieder auf der Tagesordnung einer der reichsten Gesellschaften der Erde. Die Migration hat ein multikulturelles Nebeneinander verschiedener Wertorientierungen entstehen lassen. Sie tragen dazu bei, dass der gemeinsame Deutungsrahmen vieler gesellschaftlicher Institutionen und damit deren Verbindlichkeit heute in Frage

© Waxmann Verlag GmbH

steht. Auch der Prozess der deutsch-deutschen Vereinigung hat gegensätzliche Erfahrungswelten nebeneinandergestellt. Statt Solidarität zu wecken, hat er durch seine technokratisch-ökonomistische Abwicklung zusätzliche Verletzungen und Fremdheiten geschaffen.

Diese gesellschaftliche Differenzierung setzt sich als Individualisierung bis in die persönlichen Lebensentwürfe jedes und jeder Einzelnen fort. Mit der Auflösung allgemeinverbindlicher Normen und Institutionen wird die Lebensführung zum individuellen Risiko. Angesichts der Dominanz materialistischer Werte und unter dem Druck wirtschaftlicher Konkurrenz – auch sie Kinder des Liberalismus – nötigt sich der Eigennutz als einzig vernünftige Richtschnur des Handelns auf. Ein Engagement für das Gemeinwohl ist aus dieser Sicht unökonomisch, ja statusbedrohend.

3. Politische Zentralisierung

Als Gegenbewegung zur gesellschaftlichen Differenzierung und Individualisierung findet im politischen Bereich eine Konzentration der Entscheidungsmacht im Staat und hier nochmals in einer kleineren Funktionselite statt. Auch dies hat als ungewolltes Ergebnis mit der liberalen Trennung zwischen Privatem und Öffentlichem zu tun:

Indem der private Bereich von politischen Einflüssen freigehalten werden sollte, wurde der/die Einzelne übergewichtig als unpolitischer Wirtschaftsbürger gezeichnet, dessen politische Teilhabe sich darin erschöpfen sollte, im Abstand einiger Jahre jeweils seine Stimme (im Wortsinne) abzugeben. Politik wiederum sollte sich darauf beschränken, den privaten Handel und Wandel nach innen wie nach außen zu ermöglichen und abzusichern, und daher „nur“ im Staat stattfinden. Diese Unterschätzung der Gemeinschaftsaufgaben sowie allgemein der politischen Dimension jeder menschlichen Gemeinschaft führte dazu, dass aus dem vermeintlichen Nachtwächterstaat ein machtvoller Staatsapparat mit einem gegenüber der Gesellschaft weitgehend verselbständigten Politikmonopol wurde. Innerhalb dieses Apparates ist die Entscheidungsmacht nochmals in den Händen weniger Personen konzentriert, die abseits der Regeln der geschriebenen Verfassung nach den eigenen Gesetzen korporativer Elitenkonkurrenz miteinander wetteifern und kooperieren.

Den einzigen Zugang zu dieser Entscheidungselite bieten heute (nicht nur) in Deutschland die politischen Parteien – auch sie monopolistische Strukturen, im Widerspruch zu den liberalen Postulaten, denen sie einst entwuchsen. Innerhalb dieses Konglomerats von Partei- und Staatsfunktionen, das heute „die Politiker“ ausmacht, herrschen wiederum eigene Imperative und Codes: Auch hier nötigt die Konkurrenz eine Logik auf, die den korporativen Eigennutz, nämlich Erhalt und

© Waxmann Verlag GmbH

Ausweitung von Macht, vordringlich und vernünftig macht. Das ist einmal die Macht der eigenen Person innerhalb der jeweiligen Partei; dann der eigenen Partei im Wettstreit mit anderen Parteien, schließlich die Entscheidungsmacht der Parteien in ihrer Gesamtheit als Akteure staatlicher Politik gegenüber außerstaatlicher Dreinrede.

In dieser Logik verwandelt sich das Gemeinwohl von der eigentlichen Aufgabe der Politik zu deren instrumentellem Austragungsfeld: Es kommt nicht mehr darauf an, dass die gemeinsamen Aufgaben der *res publica* bestmöglich gelöst werden, sondern dass es im Kampf um Wählerstimmen so *scheint*. Symbolische Politik tritt an die Stelle von realer Problemlösung, Rituale an die Stelle inhaltlicher Klärungen, Denk- und Handlungsverbote an die Stelle überfälliger Neuerungen. Statt zu tun, was dem Bürger nützt, wird unterlassen, was vom politischen Gegner benützt werden könnte. Um Macht zu erhalten, muss Verantwortung gerade vermieden, müssen Entscheidungen aufgeschoben, Positionen verunklart und Überzeugungen verheimlicht werden. – Versteht sich, dass ein solcher Code weder fähig noch willens ist, sich auf die persönlichen Lebensumstände des Einzelnen, auch nicht der in ihm tätigen Politikerinnen und Politiker als konkrete Menschen einzulassen. Das gibt zugleich ein Hinweis darauf, warum Politik weiterhin männerdominiert ist; auch darauf, warum es den Parteien zunehmend schwerfällt, Nachwuchs zu finden.

4. Gegenseitige Durchdringungen

Natürlich ist das hier gezeichnete Gegenüber von Gesellschaft und Staat zunächst ein vereinfachtes gedankliches Gerüst. In der Wirklichkeit der Bundesrepublik gibt es zahlreiche Vermittlungen zwischen beiden. Die wichtigste ist sicherlich die *Zivilgesellschaft* als begriffliche Anerkennung einer auch *politischen* Marktgesellschaft und damit einer dritten Sphäre „neben“ oder „zwischen“ Gesellschaft und Staat. Dabei verdankt der Begriff einen Teil seiner Attraktivität sicherlich auch seiner Unschärfe, der ihn für positive Projektionen wie für Bündnisse – auch der Kirche – dienlich macht. Es ist richtig, dass wichtige gesellschaftliche Anstöße der letzten Jahre und Jahrzehnte zu Themen wie Umwelt, Frauen, Frieden, Dritte Welt usw. diesem Multiversum von engagierten Gruppierungen entsprangen. Wenn es irgendwo Ansätze für eine politische Aktivierung gab und gibt, dann in diesem Feld der gesellschaftlichen Initiativgruppen. Andererseits setzt die Vielfalt dieser Gruppierungen in mancher Hinsicht die Atomisierung gesellschaftlicher Partikularismen nur auf höherer, organsierterer Ebene fort; nicht zufällig bewegen sich in diesem Feld auch handfeste Einzelinteressen („Lobby“). In der Zusammenschau ergibt ihre

© Waxmann Verlag GmbH

schillernde Vielfalt keine „Allgemeinheit", geschweige denn eine Macht, die den Staat gesellschaftlich rückbinden könnte.

Ein weites Thema für sich wären die *Medien*, insbesondere das Fernsehen, als Mittler zwischen Staat und Gesellschaft. Auch sie unterliegen einer Konkurrenz-Logik von Auflagehöhen und Einschaltquoten und damit einer Tendenz zur Verengung auf symboltragende Personen und dramatisierbare Ereignisse. Hochrituelle Darreichungsformen mediatisieren und medialisieren den jeweiligen informativen „Rohstoff" bis zur Erschaffung einer zweiten, „virtuellen" Wirklichkeit. Dabei sind Politik und Medien existentiell aufeinander angewiesen und auch in ihrer jeweiligen Logik einander soweit wesensverwandt, dass geradezu von einer symbiotischen Angleichung gesprochen werden kann (paradigmatisch: Berlusconi).

Sehr viel ausführlicher wäre auch über die politischen Parteien zu sprechen Versteht sich, dass sie in ihrer Funktion als konkurrierende Staatseliten nicht vollends aufgehen und weiterhin wichtige Aufgaben der Vermittlung und Aggregation gesellschaftliche Bedürfnisse wahrnehmen. Wenn jedoch heute in Deutschland nur noch 4 % der Wahlberechtigten einer Partei angehört, dann wird allerdings deutlich, wie wenig dieser Kanal für sich allein ausreichen kann. Das Problem ist hier die Monopolstellung der Parteien als Zugänge zu staatlichen Entscheidungen und Positionen und vermittelt darüber auch zu gesellschaftlichem Status. Selbst kaum noch erneuerungsfähig, behindern sie die Innovationskraft anderer gesellschaftlicher Initiativen.

Diese Schwächen vermittelnder Instanzen zwischen Gesellschaft und Staat werden noch verstärkt durch negative Durchdringungen, nämlich einerseits öffentliche Interessen, die sich als private, und umgekehrt private Interessen, die sich als öffentliche tarnen. Beides stört die gegenseitige Wahrnehmungsfähigkeit von Gesellschaft und Politik, verringert die Fähigkeit zu vernünftigen politische Entscheidungen und stärkt so die gegenseitige Entfremdung:

Zur privaten Sphäre gehören in westlichen Gesellschaftsordnungen vor allem das Eigentum und das damit verknüpfte Wirtschaftshandeln – bekanntlich sind Liberalismus und Kapitalismus verschwistert. Angesichts der enormen Konzentration wirtschaftlicher Macht in wenigen Händen hat dies zu Folge, dass wirtschaftliche Entscheidungen beispielsweise über Großinvestitionen, Firmenschließungen oder Risiko-Technologien der politischen Kontrolle entzogen sind. Obwohl sie Auswirkungen auf Tausende, potentiell Millionen von Menschen haben und insofern unzweifelhaft Gemeinschaftsbelange betreffen, gelten sie als privat.

Spiegelbildlich dazu gibt es im staatlichen Bereich neben dem hochkonzentrierten Kernbereich politischer Macht eine ausgedehnte Peripherie an staatlichem Verwaltungshandeln, ausufernder Spezialgesetzgebung und Förderungstöpfen für Ein-

© Waxmann Verlag GmbH

zelinteressen. Einerseits braucht der Staat solche sich ausfächernde Kapillarwurzeln, um überhaupt mit einer hochdifferenzierten Gesellschaft in Austausch treten zu können, andererseits franst damit seine Verpflichtung auf das Gemeininteresse notwendig aus und öffnet sich partikularen lndienstnahmen, bis hin zur Korruption.

5. Zirkuläre Verstärkungen

Hält man die gesellschaftliche und die politische Logik gegenüber, dann wird einsichtig, warum beide zunehmend Mühe damit haben, die jeweils andere noch wahrzunehmen. Stattdessen tragen beide die Tendenz in sich, diese Mühe immer weniger nutzbringend zu finden und stattdessen den eigenen Imperativen hie der jeweiligen Partikularinteressen, da der Anhäufung von abstrakter Macht zu folgen und so die Kluft zwischen Gesellschaft und Staat zu weiten.

Auch hier gibt es strukturelle Selbstläufe: Je mehr die Gesellschaft sich bis an die Grenze der Atomisierung ausdifferenziert, desto mehr lastet die Aufgabe der gesellschaftlichen Integration ausschließlich beim Staat. Um ihr noch gerecht werden zu können, braucht er tatsächlich ein hohes Maß an zentralisierter politischer Macht. Damit ist jedoch ein Teufelskreis zur weiteren gegenseitiger Abschottung in Gang gesetzt: Je mehr Macht sich im Staat akkumuliert, desto weniger Chancen hat die Gesellschaft, ihre selbstgeschaffenen Probleme im Wege der Selbststeuerung ohne staatlichen Eingriff zu lösen; je weniger sie das kann, desto mehr muss der Staat es tun. Dasselbe Wechselspiel wiederholt sich zwischen Bürgerschaft und politischen Parteien: Weil „die da oben“ alles an sich ziehen, ist es zwecklos, sich zu engagieren; weil „die Leute im Lande“ sich nicht engagieren, müssen die Parteien sich um alles kümmern ... Dazu kommt im Deutschland des Jahres 1995 eine Atmosphäre der Lähmung, angesichts einer thematisch verbrauchten Koalitionsregierung, eines seit 14 Jahren amtierenden Kanzlers und einer weder programmatisch noch personell überzeugenden Opposition.

Was sich diffus als „Politikverdrossenheit“ äußert, ist im Kern eine demokratische *Unter*forderung, der durch Inanspruchnahme republikanischer Mitverantwortung abzuhelfen wäre. Dazu müssten „von oben“ neue Kanäle politische Teilhabe geschaffen und Initiativen „von unten“ ideell, rechtlich und materiell ermutigt werden. Stattdessen hält die Mehrheit der politischen Klasse an ihrem Politikmonopol fest und drängt so die Reaktionsbildung des unmündig gehaltenen Bürgers weiter in differenzlose Malaise und destruktiven Trotz.

Derweil bleiben alle gesellschaftlichen Grundprobleme so ungelöst wie eh und je: Massenarbeitslosigkeit und Verarmung, eine ökologisch ruinöse Wirtschaftswei-

© Waxmann Verlag GmbH

se, frauen- und kinderfeindliche gesellschaftliche Strukturen, Ausländerfeindlichkeit und Gewalt, Drogen, psychosoziales Elend, leere Kassen in Ländern und Gemeinden, die fortbestehende Kluft zwischen Ost- und Westdeutschland, ganz zu schweigen von den schwindelerregenden Problemen im internationalen Horizont. So wünschenswert und alternativlos die europäische Einigung ist: Auf dem in Maastricht bekräftigten Wege eines intergouvernementalen Souveränitätsverbunds ohne wirksame demokratische Teilhabe wird sich die Entfremdung zwischen Bürgergesellschaft und Staat auch via Brüssel verstärken, aller beschworenen Subsidiarität und Bürgernähe zum Trotz.

6. Konsequenzen für die politische Bildung

Trifft dieser Aufriss einer Entfremdung zwischen Gesellschaft und Staat zu, dann wird deutlich, eine wie große Kluft politische Bildung jedesmal zu überwinden hat: Sie muss gewissermaßen „aus dem Stand" die Verbindung schlagen zwischen den verselbständigten gesellschaftlichen Interessen, Problemhorizonten und Wahrnehmungsweisen der potentiellen Teilnehmer/innen auf der einen und den nicht minder verselbständigten politischen Strukturen und Codes auf der anderen Seite. Mehr noch: Sie muss glaubhaft machen, dass es ein gesellschaftliches Allgemeininteresse noch gäbe, um das zu kümmern es sich lohne, wenn weder die Gesellschaft noch die Politik mehr bereit sind, sich für eine solche Allgemeinheit in Anspruch nehmen zu lassen.

Politische Bildung steht also – bildlich gesprochen – zwischen Gesellschaft und Staat, die ihrerseits einander den Rücken kehren. Sie wird doppelt entmutigt: Von der Logik der in die jeweiligen Segmente der Wirtschaftsgesellschaft verstrickten Berufsbiographien der Teilnehmer/innen, die ihren Alltag bestimmt („was bringt das schon"), und von der Logik eines verselbständigten Etatismus, der als Eintrittskarte zur politischen Mitwirkung die vollständige Unterordnung unter seine Machtabstraktion, also die Aufgabe einer eigenen gesellschaftlichen Biographie fordert („wir haben alles im Griff").

In diesem Arrangement ist der „Volkssouverän" auf alle Weise passivisiert: Die Informationen erreichen ihn über elektronische Medien, die den passiven Konsumenten voraussetzen; seine Mitwirkung beschränkt sich auf den Wahlakt, also die Delegierung seiner Aktivität an andere. Demgegenüber unterstellt politische Bildung die Möglichkeit einer Aktivierung: Wozu sollte sonst die Anstrengung einer Kompetenzerweiterung unternommen werden? Selbst als bloße Orientierungschance verlangt sie immer noch das Stück Aktivierung, sich zu der entsprechenden Veranstaltung anzumelden, hinzugehen und teilzunehmen. Da Bildungsveranstaltun-

© Waxmann Verlag GmbH

gen aber weder die gesellschaftlichen Bedingungen „davor“ noch die politischen Entscheidungsgänge „danach“ kontrollieren, bleibt das Aktivierungsangebot insular. Es läuft den in diesem Feld gebahnten Wahrnehmungsmustern und Erwartungshaltungen zuwider. Politik ist das, was „die“ machen und worüber ich mich allenfalls am Fernseher aufrege.

Die Konsequenz lautet: Politische Bildung ist genötigt, sich die Anknüpfung an das gesellschaftliche Woher der Teilnehmer zur Aufgabe zu machen – Stichwort Teilnehmerorientierung. Vor allem aber ist sie auch genötigt, sich für die Verknüpfungen in das politische Wohin eines Angebots mitverantwortlich zu machen. Was sollen die Teilnehmer/innen mit den gewonnenen Einsichten anfangen? Spreche ich eine Berufsgruppe an, bei der diese Umsetzung vorgegeben ist? Greife ich politische Prozesse und Konflikte etwa im kommunalen Umfeld, aber auch von weltweiter Bedeutung (Tschernobyl!) auf, die aus sich heraus Menschen aktiviert und motiviert haben? Tue ich mich zusammen mit einer Bürgerinitiative, einer Selbsthilfegruppe, einem Umweltverband, einer Friedensgruppe ...?

Wenn keine dieser Möglichkeiten in Sicht ist, muss die Frage gestellt werden: Was kann ich unternehmen, um die geplante Veranstaltung zu dem vorgesehenen Thema mit Handlungsmöglichkeiten zu verknüpfen? Wo gibt es hierfür Institutionen oder prototypische Personen, die Handlungsmöglichkeiten in diesem Problemfeld haben oder kennen? Welche Mittel können sich die Teilnehmer/innen erarbeiten, um das Gelernte ihrerseits weiterzugeben (z.B. Video)? Müsste dieses Problem „eigentlich“ zum Auslöser einer Initiative werden, so dass die Veranstaltung dazu den Anstoß geben soll? Mit wem könnten dann die weiteren Schritte vorgedacht werden, um bereits Vorschläge machen zu können? Oder wird die Teilnehmerschaft imstande sein, solche Handlungsschritte selbst zu erarbeiten (z.B. brainstorming) und zu verabreden? – In all diesen Fällen bekommt das Angebot der politischen Bildung Elemente eines Projekts, das freilich die Zeit und Kraft des Veranstalters intensiver und länger bindet. Wie sieht es mit den Möglichkeiten, aber auch der eigenen Bereitschaft dazu aus?

Freilich können solche Angebote die Kluft zwischen Gesellschaft und Staat bestenfalls millimeterweise verringern. Es ist gut, die strukturellen Ursachen dieser Kluft im Blick zu haben, auch um sich nicht unter falsche Ansprüche zu stellen oder Misserfolge persönlich anzukreiden. Das beharrliche Bemühen um Vermittlungen kann jedoch unvermutet wichtig werden in Situationen gesellschaftlicher Krisen, Notlagen, Um- und Aufbrüche; nichts berechtigt zu der Vermutung, das gegenwärtige Patt zwischen Reformdruck und Handlungslähmung werde ewig dauern.

© Waxmann Verlag GmbH